

# Freiheit in Bedrängnis

**GESELLSCHAFT** | Noch warten die Deutschen auf ihre neue Regierung – doch was sie von ihr erwarten, ist klar: noch mehr Umverteilung und paternalistische Fürsorge, um die Lebensverhältnisse der Bürger anzugleichen. Marktwirtschaft und Selbstverantwortung bleiben auf der Strecke. *Von Ulrike Ackermann*

Im neu gewählten Bundestag haben nun Volksvertreter die Mehrheit, denen wirtschaftliche und individuelle Freiheit, Selbstsorge und Selbstverantwortung der Bürger suspekt sind. Stattdessen setzen sie auf den fürsorgenden und umverteilenden Staat – auch wenn er noch so verschuldet ist. Bereits im Wahlkampf überboten sich die großen Parteien, wer der bessere Vollstrecker sozialer Gerechtigkeit sei. Wie auch immer die neue Regierung aussehen mag: Das Pendel wird noch heftiger zugunsten der Gleichheit ausschlagen, und die Freiheit wird noch stärker in Bedrängnis geraten. Es wird zukünftig darum gehen, ob die Bürger zugunsten der Gleichheit auf Freiheit verzichten wollen oder umgekehrt den Wert der Freiheit höher schätzen und dafür Ungleichheit in Kauf nehmen.

Über die Jahrhunderte ging die Angleichung der hart erkämpften politischen Bürgerrechte mit einer Angleichung sozialer Chancen im Hinblick auf Erziehung, Einkommen und Versorgung einher. Zugleich eröffneten sich für alle Bürger immer größere Chancen der Freiheit. Denn die Gleichheit des staatsbürgerlichen Status ist die Bedingung der Möglichkeit der Freiheit eines jeden. Voraussetzung für die Herausbildung der Persönlichkeit und die Praxis eines eigenen Lebensplans ist die Freiheit eines jeden, zwischen verschiedenen Optionen wählen zu können und sich von anderen zu differenzieren. Die Gleichheit vor dem Gesetz ist dabei Voraussetzung für soziale Differenzierung. Diese rechtliche Gleichheit schafft – so paradox das klingen mag – soziale Ungleichheit und damit überhaupt erst die Vielfalt und Pluralität der Lebensstile. Gerade darin liegt die Voraussetzung für die Produktivität und Innovationskraft einer Gesellschaft. Uniformität und soziale Gleichheit würden hingegen Stillstand der historischen Entwicklung bedeuten.

Ursprünglich bedeutete Gerechtigkeit schlichtweg die Durchsetzung geltenden Rechts und die Rechtsgleichheit aller vor dem Gesetz. Das freiheitlich-demokratische Gemeinwesen sorgt im Rahmen eines Gesellschaftsvertrags für die Chancengerechtigkeit aller als Voraussetzung dafür, die eigene Persönlichkeit auf je individuelle Weise entfalten zu können.

Seit dem 19. Jahrhundert veränderte sich diese Bedeutung. Einzug hielt der Begriff der sozialen Gerechtigkeit, der sich fortan an sozialer Gleichheit im Sinne von Ergebnisgleichheit orientierte. Für diese soziale Gerechtigkeit sollte nun der Staat durch Umverteilung sorgen. Das ist eine bemerkenswerte Verschiebung der Bedeutung von Gleichheit und Gerechtigkeit: Ging es ursprünglich in der Fran-

zösischen Revolution um die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, so verändert sich diese Forderung in Richtung einer Gleichheit der tatsächlichen Lebensverhältnisse.

Obwohl sich die Lebensbedingungen in unseren europäischen Wohlfahrtsstaaten seit dem 19. Jahrhundert für alle Menschen fundamental verbessert haben, die Menschen viel länger leben, weniger arbeiten und insgesamt wohlhabender geworden sind, ertönen die Rufe nach mehr sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung wieder lauter. Trotz der Individualisierungsprozesse, die wir der westlichen Moderne seit der Aufklärung verdanken, und der Herausbildung der Zivilgesellschaft ist die Vorstellung vom Staat als gütigem und zugleich strengem Vater offenbar immer noch sehr beliebt. Er soll für Wohlstand und Gesundheit seiner Kinder sorgen und am besten alle Güter gerecht und gleich unter ihnen verteilen. Im Gegenzug zu seiner Wohltätigkeit nehmen die Bürger dann auch seine erzieherische Strenge und seine Wacht über die Tugend in Kauf.

Klarer Favorit bei den Bürgern – so die Ergebnisse des alljährlichen Freiheitsindexes des John Stuart Mill Instituts – ist der betreuende und kümmernde Staat, der im Unterschied zum liberalen Staat als gerechter, wohlhabender, menschlicher und lebenswürdiger angesehen wird. Zugleich hat die Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft eine ganz neue Dimension angenommen. Erstmals glaubt auch in Westdeutschland eine knappe relative Mehrheit von 43 Prozent der Bevölkerung, Marktwirtschaft führe automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit. Es scheint also immer mehr die Überzeugung verloren zu gehen, dass diese Wirtschaftsform Grundlage für Freiheit und

Wohlstand ist. Aber unsere bisherige Geschichte war gerade deshalb so erfolgreich, weil sich wirtschaftliche, politische und individuelle Freiheit immer gegenseitig bedingen und vorantreiben.

Nachdem es nun auf bundespolitischer Ebene um die Freiheit so schlecht bestellt ist, müssen neue Impulse dafür aus der Zivilgesellschaft kommen. Das Gegenteil von Paternalismus ist Eigensinn und Selbstsorge, aus denen neues Selbstvertrauen, Stolz und Würde und damit neue Lebensqualität für den einzelnen Bürger erwachsen können. All dies sind Voraussetzungen, um die Freiheit zu entfalten, neue Freiräume zu entdecken und sie auf dem Weg zu Mündigkeit und Selbstbestimmung auszuloten. Eine Gesellschaft ist lebendig und erfolgreich, wenn selbstbewusste und eigenwillige Bürger ihre wirtschaftliche, politische und individuelle Freiheit zu Lebensexperimenten nutzen.



**Ulrike Ackermann** ist Politikwissenschaftlerin an der SRH Hochschule Heidelberg und Direktorin des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung. Die WirtschaftsWoche lädt Ihre Leser ein, sich in einem neuen Online-Forum mit der Idee der Freiheit auseinanderzusetzen. Was bedeutet heute Freiheit? Wo ist sie durch den Staat gefährdet? Schreiben Sie uns unter [www.wiwo.de/forumderfreiheit](http://www.wiwo.de/forumderfreiheit)